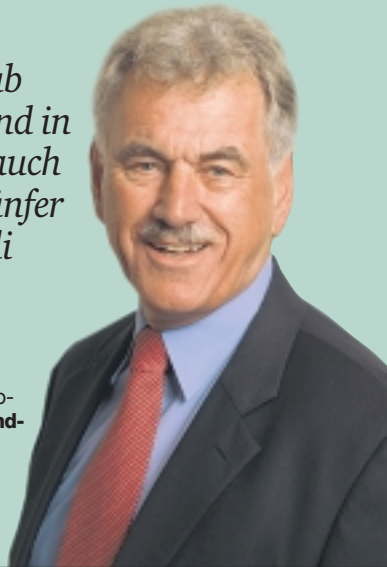
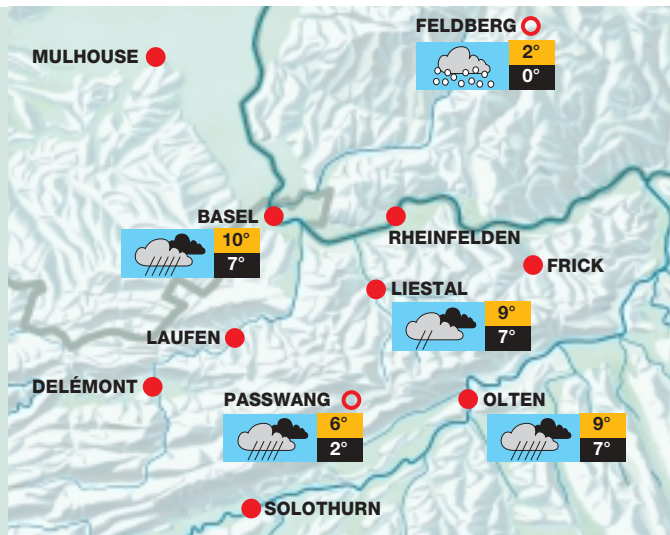


angesagt

«Als Schulbub hätte niemand in Davos Dorf auch nur einen Fünfer in den Hansli Randegger investiert.»



Der Basler FDP-Nationalrat **Johannes Randegger** spricht im E-Mail-Interview über seine von Armut geprägte Kindheit in Davos. > SEITE 20

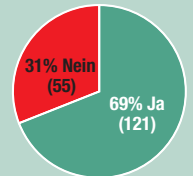


frage des tages

Zuerst Französisch oder Englisch: Sollen Kantone selber entscheiden?

Der Baslerbieter Erziehungsdirektor Urs Wüthrich sagt, dass eine Harmonisierung der Schulsysteme in der Schweiz an dieser Frage scheitern könnte (Seite 23). Stimmen Sie ab im Internet: > www.baz.ch/netzed

FRAGE VON GESTERN: Haben Sie Angst vor der «Überfremdung»?



Lesen Sie heute im



Bettelbriefe aus der Ukraine. Sie machen wieder die Runde. Experten warnen.
Santichlaus. Leute mit Vornamen Klaus, Niklaus oder Nikolaus erleben heute einen speziellen Tag.

BAZ DIREKT. Haben Sie etwas Aussergewöhnliches erlebt? Möchten Sie die baz über ein Ereignis informieren oder auf ein Thema aufmerksam machen? Wir nehmen Ihre Hinweise gerne entgegen. Sie erreichen die baz-Regionalredaktion in Basel tagsüber unter **061 639 18 73**, abends unter **061 639 18 75** oder per E-Mail stadt@baz.ch oder online@baz.ch. Leserbriefe senden Sie bitte an leserbrief@baz.ch

Einzelzimmer für alle

Deutsche Kliniken locken Basler

MARTIN BRODBECK

Mehr Komfort für Drittklasspatienten, günstigere Preise und Nischenprodukte: Deutsche Kliniken bieten einiges.

Peter Gaupp, Geschäftsführer der Park-Klinik in Bad Säckingen, freut sich. Das Pilotprojekt für eine grenzüberschreitende Spitalzusammenarbeit eröffnet ihm neue Möglichkeiten (baz von gestern). Ab 1. Januar wird er auch Basler und Baslerbieter Patienten begrüssen können, die nur über eine Grundversicherung verfügen.

Doch bereits heute finden zahlreiche Schweizer Patientinnen und Patienten den Weg in die Rehabilitationsklinik nahe der Schweizer Grenze. Gaupp gehört zu den Pionieren, die für halbprivat und privat versicherte Schweizer mit einigen Schweizer Krankenkassen Verträge abgeschlossen haben. Über 100 Zusatzversicherte Schweizer Patienten seien im Jahr 2006 in seine Klinik gekommen, sagt Gaupp.

GANZKÖRPERSCHMERZEN. Nun sollen auch Drittklass-Patienten aus Basel-Stadt und Basel-Land nach Bad Säckingen kommen.

Am 1. Januar beginnt das Spitalprojekt. Dämpft die deutsche Konkurrenz die Gesundheitskosten? Oder gefährden deutsche Discount-Preise unsere Spitäler?

Diskutieren Sie mit. > www.baz.ch/forum

men. Und Gaupp verspricht ihnen einiges. «Wir bieten dieselbe medizinische Qualität wie die Schweizer an», verspricht er: «Und zusätzliche Leistungen im Hotelbereich.» So sollen auch grundversicherte Schweizer Patienten ein Einzelzimmer erhalten.

Schätzungen über zusätzliche Patienten wagt Gaupp dennoch nicht. Die Grenze habe einen Einfluss, «auch wenn wir hier noch halb in der Schweiz sind». Die 120-Betten-Rehaklinik bietet neben Rehabilitation in Orthopädie und Rheumatologie als Spezialität auch die Behandlung bei Ganzkörperschmerzen an. In diesem Bereich gebe es in der Region kein vergleichbares Angebot, meint Gaupp.

Rehabilitation dürfte zum eigentlichen Schwerpunkt der deutschen Seite im Rahmen der Spitalkooperation zwischen den beiden Basel und der badischen Nachbarschaft werden. Zusatzversicherte Schweizer suchen bereits heute einige Schwarzwaldkliniken auf. Aber auch akutsomatische Kliniken und Spitäler hoffen jetzt auf Patienten aus den beiden Basel. So setzt beispielsweise die Frauenklinik in Badisch Rheinfelden neben der Gynäkologie auf ihr Angebot als «Brustzentrum».

Zwar räumt Klinikmanager Alexander Gessler ein, dass es nun auch in Basel ein neues Brustzentrum gibt. «Mit unserer jahrelangen Erfahrung sind



Mehr Komfort. Zusätzliche Leistungen sollen Basler in deutsche Betten bringen. Foto Keystone

wir in der Region einzigartig», wirbt er für seine Klinik. Bereits heute gebe es Schweizerinnen, welche die Klinik aufsuchen. Allerdings sei dies nur im Zusatzversicherungsbereich möglich.

WENIGER BÜROKRATIE. Wichtig ist für Klinikmanager Gessler nicht nur, dass künftig alle Frauen aus den beiden Basel unabhängig von ihrer Spitalversicherungsklasse nach Badisch Rheinfelden kommen

können: «Dank dem Pilotprojekt wird es weniger Bürokratie geben, weil wir mit den Schweizer Krankenkassen direkt abrechnen können.»

Auf eine Prognose über die Patientinnenzahlen aus der Schweiz mag sich auch Gessler nicht einlassen. Das dreijährige Pilotprojekt biete jedoch genügend Chancen, dass die Mund-zu-Mund-Propaganda spielen werde. Gessler: «Wir können jetzt zeigen, was wir können.»

Auf Mund-zu-Mund-Propaganda allein will sich Dieter Ahlbrecht nicht verlassen. Der Geschäftsführer der Kreiskrankenhäuser Lörrach (300 Betten), Rheinfelden (165 Betten) und Schopfheim (120 Betten) erwartet von den Schweizer Krankenkassen, dass sie ihre Kostenvorteile als finanzielle Anreize an ihre Patienten weitergeben. Das sei erforderlich, um die Basler zu einem Spitalbesuch in Deutschland zu animieren, sagt Ahlbrecht.

nachrichten

Fünf Millionen für das Biozentrum

ZUG/BASEL. Das Biozentrum der Universität Basel startet ein neues Graduiertenprogramm zur Förderung von exzellentem Nachwuchs in den Life Sciences. Die ersten drei Jahre des auf fünf Jahre angelegten Projekts werden von der Werner-Siemens-Stiftung finanziert. Für das Programm stellt die Stiftung mit Sitz in Zug insgesamt fünf Millionen Franken zur Verfügung, wie die Universität Basel am Dienstag mitteilte. Das Biozentrum will pro Jahr weltweit zehn Stipendien ausschreiben. Vergeben werden sollen diese an «sorgfältig ausgewählte, höchstqualifizierte Doktorandinnen und Doktoranden», wie es in der Mitteilung heisst. SDA

Fachhochschule mit neuem Rat

LIESTAL/BASEL. Die Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn haben den Fachhochschulrat neu bestellt. Dies wurde notwendig, da das amtierende Gremium nur bis Ende 2006 gewählt ist. Der neue Fachhochschulrat weise von seiner Zusammensetzung her eine «grössere fachliche Breite» auf. Das Präsidium bleibt unverändert bei alt Regierungsrat Peter Schmid. Der neue Hochschulrat weist neu zwölf (statt wie bisher neun) Mitglieder auf. Die neuen Mitglieder sind Doris Aebi (Mitinhaberin aebi+kuehni, executive search), Maria Iselin-Löffler (Gemeinderätin von Riehen), Jürgen Oelkers (Professor für Pädagogik, Uni Zürich) Renato Paro (Gründungsdirektor des Zentrums für Biosysteme der ETH), Rolf Schaumann (Präsident des Verwaltungsrates der ABB Schweiz), Peter Schmid, Peter Kofmel, Kurt Brandenberger, Bruno Coviello, Christine Egerszegi-Obrist, Charlotte Rey und Hans Georg Signer wurden bestätigt. > www.fhnw.ch

Yakin-Brüder kündigen langjährige Mietverträge

Basel. Staatliche Pensionskasse hat Liegenschaft am Rhein verkauft – nun wollen die Investoren Rendite

CHRISTIAN MENSCH

Die Pensionskasse Basel-Stadt hat den Mietern versprochen, es werde sich nichts ändern. Doch davon wollen die neuen Eigentümer nichts wissen.

Die Zentralstelle für Staatlichen Liegenschaftsverkehr (ZLV) klang beruhigend. In einem Brief an die Mieter des Gebäudekomplexes an der Ecke Feldbergstrasse und Unterer Rheinweg schrieb der Leiter der Immobilienbewirtschaftung, Thomas Brodbeck, am 31. Oktober: Die Pensionskasse Basel-Stadt als Eigentümerin habe die Liegenschaft per Ende November verkauft.

Grund sei das Bemühen der Basler Pensionskasse, ihren Immobilienbesitz, der heute schwergewichtig auf den Raum Basel konzentriert ist, breiter zu streuen. Die neuen Besitzer hätten aber

mitgeteilt, «dass sie die bestehenden Mietverträge weiterführen möchten». Andreas Kressler, Leiter der ZLV, bestätigt, dass man bei den Verkaufsverhandlungen darauf Wert gelegt habe. Daran zweifeln mochte man nicht, da es sich schliesslich um eine renommierte Käuferschaft handle.

KURZER FRIEDE. Wenig später meldete sich die Stamm & Co. Immobilien AG als neue Verwalterin und Investorin bei den Mietern. Neben Stamm treten gemäss Grundbuchamt auch die Fussballer-Brüder Hakan und Murat Yakin sowie der Geschäftspartner Adrian Zoller auf. Zusammen bilden sie die Einfache Gesellschaft Feldbergstrasse. Die Partner haben auch schon Liegenschaften an der Vogesenstrasse übernom-

men und im Mai 2006 dazu die Firma BS Immoinvest AG gegründet.

Mit bestem Wunsch für ein «angenehmes Mietverhältnis» stellte Stamm den Mietern neue Einzahlungsscheine zu und forderte sie auf, mittels Formular die Mieterdaten zu aktualisieren.

Der Friede dauerte gerade einen Monat. Dann lag ein neuer Brief zumindest in einigen der Briefkästen. Stamma Immobilienienste schreiben am 4. Dezember: «Wir konnten uns in der Zwischenzeit ein umfassendes Bild über die Liegenschaft machen.» Dabei habe man festgestellt, dass die Mietzinse «zum Teil erheblich von marktüblichen Konditionen abweichen». Deshalb würden einige Mietverhältnisse aufgelöst, die entsprechenden Kündigungen mit separater Post und «mit den

einschlägigen Formularen» zugestellt. Am 14. Dezember können sich die Mieter aussprechen. Denn Stamm & Co wolle sie «über die Notwendigkeit dieses Schrittes» informieren. Von den Investoren konnte gestern keine Stellungnahme eingebracht werden.

EMPÖRT. Für den Mieterverband Basel ist der Vorgang jedoch empörend. «Einmal mehr nimmt der Kanton Basel-Stadt in Kauf, dass preisgünstiger Wohnraum verloren geht.» Er verlangt, dass die Kündigungen zurückgenommen und die bisherigen Mietverträge beibehalten würden. Eine Fortsetzung der Debatte über die Politik des ZLV wird die Geschäftsleiterin des Mieterverbands und Grossrätin Patrizia Bernasconi im Grossen Rat beantragen.

Freiwilligenarbeit wurde geehrt

BASEL. Auf Einladung des Basler Regierungsrates, von Benevol Basel, der Basler Kirchen und der Israelitischen Gemeinde trafen sich gestern Abend über 1000 in der Freiwilligenarbeit engagierte Bürgerinnen und Bürger zu einem Apéro im Theater Basel. In ihrem Grusswort bedankte sich die Regierungspräsidentin Barbara Schneider bei allen in Basel-Stadt freiwillig und ehrenamtlich Tätigen. Sie unterstrich, dass zahlreiche Bereiche der Gesellschaft von der Freiwilligenarbeit profitierten. Basel sei auf die vielen freiwillig und unbezahlt geleisteten Dienstleistungen angewiesen. Denise Moser, Präsidentin von Benevol Basel, erklärte, dass das freiwillige Engagement nur gesichert werden kann, wenn die öffentliche Hand die Freiwilligenarbeit anerkennt und unterstützt.